

Plädoyer für gerechte Verteilung von Aufgaben und Kosten

Chancen und Herausforderungen der Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe

Die Integration von Geflüchteten ist eine Chance, aber auch eine Herausforderung, und zwar für alle: Kommunen, Länder, Bund, Verbände, Ehrenamtliche und Geflüchtete. Wie kann in dieser Situation eine gerechte Verteilung von Aufgaben und ihre Finanzierung aussehen? Was muss der Staat leisten, was kann die Zivilgesellschaft übernehmen? „Ein gerechtes NRW kann nur eine Leistung auf Gegenseitigkeit sein. Es muss ein Nehmen und Geben der Aufnehmenden, aber auch der Aufgenommenen umfassen“, äußerte sich Landesfinanzminister Dr. Norbert Walter-Borjans zum Auftakt der Veranstaltung „Miteinander gerecht leben in Leverkusen – und in NRW“ des Landesbüros Nordrhein-Westfalen der Friedrich-Ebert-Stiftung. Gerechtigkeit stand im Mittelpunkt des neunten Abends der Reihe „Miteinander in NRW“ und so stellte Martin Pfafferott, Referent im Landesbüro, mit seiner Begrüßung die Frage: „Wer trägt welche Anteile?“ Es gebe in unserer Gesellschaft eklatante Unterschiede – unter anderem durch diejenigen Bürger, die sich durch Steuerflucht davor drückten, ihren Beitrag zu leisten. Für Pfafferott stand auch fest: „Ohne das große Engagement der Zivilgesellschaft sähe unser Land anders aus. Wir dürfen uns bei den bevorstehenden Integrationsaufgaben aber nicht auf dem Ehrenamt ausruhen.“ Unter anderem Spracherwerb und Qualifizierung kosteten Geld. Diese und weitere Lasten müssten gerecht verteilt werden. Neben dem Minister diskutierten der Leverkusener Oberbürgermeister Uwe Richrath, die SPD-Landtagsabgeordnete Eva Lux, die Sprecherin des Leverkusener Flüchtlingsrats Rita Schillings sowie der Direktor des Caritasverbandes Leverkusen, Wolfgang Klein, in der neuen Bahnstadt in Leverkusen-Opladen. Moderiert wurde der Abend von der Hörfunkjournalistin Diana Mühlhaus.

Unter den 26 deutschen Städten mit mehr als 250.000 Einwohnern liegen zwölf in NRW. „Unser Land bietet viel: Zahlreiche Hochschulen, tolle Events und eine gute medizinische Versorgung“, sagte Walter-Borjans und ergänzte im Hinblick auf die Geflüchteten, die während der vorigen Monate nach NRW gekommen sind: „Nordrhein-Westfalen ist nicht nur gemessen an der Einwohnerzahl größer als alle anderen Länder, es ist auch dichter besiedelt und bunter. Und wir vertragen auch noch einen Farbtupfer mehr.“ Allerdings sei Gerechtigkeit keine Ein-



bahnstraße. „Wenn wir über Gerechtigkeit reden, kann es nicht nur darum gehen, immer mehr haben zu wollen. Es muss auch Bereitschaft zum Geben vorhanden sein. Wir leben in einem enorm wohlhabenden Land“, machte der Finanzminister deutlich.

Damit die Integration gelingt, nehme das Land NRW viel Geld in die Hand. „Es kostet eben einiges, diejenigen, die zu uns kommen, in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Allerdings ist eine gelungene Integration am Ende nicht nur eine Herausforderung, sondern eine Bereicherung“, sagte Walter-Borjans. Mahnend sprach er die vom Bund geltende Vorgabe an, dass die Landeshaushalte ab 2020 ohne zusätzliche Kredite auskommen sollen. Angesichts der zusätzlichen Kosten, die durch die Zuwanderung entstünden, sei das kaum zu schaffen. „Wir müssen die Integration endlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe sehen. Wenn wir gelingende Integration, dringend notwendige Investitionen und die Schuldenbremse erreichen wollen, dann müssen Bund und Länder jeweils 50 Prozent der Kosten tragen“, forderte er. Stimmen in der Bevölkerung, es werde mehr für Geflüchtete als für Einheimische investiert, hielt der Minister entgegen, dass die meisten Gelder ohnehin für die Gehälter neuer Lehrer_innen, Justizbeamten_innen und Polizisten_innen aufgewendet würden. „Insgesamt ist das alles also ein Konjunkturprogramm, das unmittelbar auch Steuereinnahmen bringt“, machte er deutlich. „Die teuersten Flüchtlinge sind die Steuerflüchtlinge“, schloss Walter-Borjans seine Eröffnungsrede.

3.700 Geflüchtete sind inzwischen in Leverkusen angekommen. „Das hat uns natürlich stark belastet, personell und finanziell“, sagte Oberbürgermeister Richrath. „Die Situation unterscheidet sich von Kommune zu Kommune. Insgesamt möchte ich den Bund aber deutlich mehr in die Pflicht nehmen“, äußerte er sich und schloss sich dem Finanzminister an: „Alles, was wir investieren, kommt auf lange Sicht



zurück.“ Die Landtagsabgeordnete Lux fügte hinzu, dass der Staat auf die Handlungsfähigkeit seiner Kommunen angewiesen sei. Diese gelte es nach der Erstunterbringung der Geflüchteten zu gewährleisten. „Den Wettlauf um die schnellste schwarze Null mache ich nicht mit“, sagte Walter-Borjans. „Wir werden nicht auf notwendige Investitionen verzichten, um die Schuldenbremse schon vor 2020 zu erreichen.“

Die hohe Bedeutung des Ehrenamts und beispielsweise kirchlicher Einrichtungen unterstrich der Leverkusener Caritasdirektor Wolfgang Klein: „Wir haben so viele Bürger_innen, die sich für Geflüchtete engagieren, wie die AfD Wähler hat. Das ist kein schlechtes Signal“. Für die



Koordination der in der Geflüchtetenhilfe aktiven Ehrenamtlichen, sei aus Kirchensteuer eine Mitarbeiterin eingestellt worden. „Das Zusammenspiel zwischen staatlichen Einrichtungen und den caritativen ist ganz wichtig, um die anstehenden Aufgaben zu schaffen“, äußerte sich Klein.

Und nach Ansicht von Flüchtlingsratsprecherin Schillings sei das Ehrenamt an dieser Schnittstelle ein

ganz wesentlicher Faktor. „Der Staat darf die Ehrenamtlichen aber nicht ständig mit neuen Richtlinien überfordern“, forderte sie und Lux fügte hinzu: „Ein Ehrenamt soll schließlich Freude und keine zusätzliche Belastung sein.“

Dazu, die Ehrenamtlichen nicht auf Dauer zu überlasten, gehörten nach Ansicht des Ministers auch konsequentere Ausführungen: „Wer aus wirtschaftlichen Gründen in unser Land kommt, unterliegt nicht dem Asyl-, sondern dem Einwanderungsgesetz. Wer keine Bleibeperspektive hat, muss auch zurückgeführt werden können – auch, wenn das natürlich ebenfalls Geld kostet.“ Weiteren Handlungsbedarf sahen die Diskutant_innen unter anderem beim sozialen Wohnungsbau, auch in Leverkusen. „Bei den städtischen Flächen bräuchten wir rein rechnerisch mindestens 25 Prozent sozialen Wohnungsbau“, erläuterte der Oberbürgermeister. Dass preiswerte Wohnungen in Leverkusen jedoch nicht wegen des Zuzugs Geflüchteter knapp wurde, mahnte Schillings an: „Dieses Problem ist schon deutlich älter.“ Lux setzte große Erwartungen in die Umsetzung des vom Landtag beschlossenen Integrationsplans NRW. Darin würden die nächsten Schritte hin zu einem gerechten Miteinander in Nordrhein-Westfalen geregelt.



--

Textautor: Marcus Hammes, Journalistenbüro Köln

Redakteur: Martin Pfafferott, Landesbüro NRW der Friedrich-Ebert-Stiftung

Fotos: Cornelia Danetzki